

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932**

24.2.1932 (No. 46)



chung. Immerhin wird das Auseinanderfallen der „Danzburger Front“ die Schlagkraft der äußersten Rechten sicherlich nicht vergrößern. Die Möglichkeit besteht immer, daß dieser oder jener Wähler der äußersten Rechten nunmehr aus Verärgerung überhaupt nicht wählt oder sich für Hindenburg entscheidet.

Eine einigermaßen zuverlässige Prophezeiung über den Ausgang der Wahl am 13. März ist sehr schwer. Zunächst muß man berücksichtigen, daß sich seit der letzten Reichstagswahl am 14. September 1930 noch weitere und noch tiefer greifende Umwälzungen innerhalb der Wählerschaft vollzogen haben. Man hat eine Partei, die am 14. September 1930 immerhin noch einen Achtungserfolg errang, würde jetzt vielleicht bei neuen Reichstagswahlen von ihren bisherigen Wählern derart im Stich gelassen werden, daß sie nur noch mit ein paar Abgeordneten in das Parlament einzieht. Die Unterschrift einer solchen Partei unter einen Aufruf hätte dann natürlich ziffernmäßig auch nur wenig Wert. Andererseits ist feinkörnig gesagt, daß nun jeder Wähler, der entweder schon nationalsozialistisch gewählt hat oder bereit ist, dieser Partei seine Stimme zu geben, auch unter allen Umständen gegen Hindenburg stimmen wird. Hindenburg hat, ganz abgesehen von der Parteizugehörigkeit des einzelnen, in allen Lagern rechts von der Sozialdemokratie viele Anhänger.

Da dem so ist, haben die Berater Hitlers wohl darauf gedrungen, daß nun gleich das beste Pferd gezeigt wird, das der Nationalsozialismus überhaupt im Stalle hat, nämlich Hitler selbst. Die Kalkulation geht offenbar dahin, daß ein jeder, der überhaupt nationalsozialistisch zu wählen entschlossen ist, bei der Alternative „Hitler oder Hindenburg?“ für Hitler stimmen wird.

Ob Hitler wirklich die Absicht hat, auch in der Stichwahl zu kandidieren und das Amt des Reichspräsidenten, wenn seine Wahl überhaupt im Bereich des Möglichen läge, anzunehmen, bleibt zweifelhaft. Denn er müßte ja dann die Leitung der ganzen Parteimaschinerie aus der Hand geben. Einstweilen ist Herr Hitler auch noch gar nicht deutscher Staatsbürger. Doch behauptet sich hartnäckig das Gerücht, daß die braunschweigische Regierung ihn in einer an sich nicht ansehbaren Form noch rechtzeitig zum Staatsbürger machen werde, etwa in der Weise, daß sie ihn zum Beamten bei der braunschweigischen Gesandtschaft in Berlin ernannt und ihm in dieser Eigenschaft ganz bestimmte Amtsfunktionen überträgt, damit das Ganze nicht den Anschein eines Scheingeschäfts bekommt.

Nach wie vor werden die Aussichten Hindenburgs als nicht schlecht bezeichnet. Ob sich diese Hoffnungen rechtfertigen werden oder nicht, wird in der Hauptsache von der sozialdemokratischen Wählerschaft abhängen. Das Zentrum, Demokraten, Deutsche Volkspartei, Wirtschaftspartei, Christlich-Soziale und Konservative so gut wie geschlossen für Herrn von Hindenburg eintreten werden, ist selbstverständlich. Dagegen ist und bleibt es fraglich, ob alle sozialdemokratischen Wähler der Karole, Hindenburg zu wählen, folgen werden. Für viele dieser Wähler ist und bleibt nun einmal Herr von Hindenburg, der General. Und sie werden lieber zu Hause bleiben oder Thälmann wählen, als ihre Stimme dem Generalfeldmarschall geben. Es kommt dann lediglich darauf an, daß sich die Zahl dieser Wähler in erträglichen Grenzen hält.

### Die Genfer Abrüstungskonferenz

#### Ein taktischer Erfolg für Deutschland

Ein über die Genfer Abrüstungskonferenz veröffentlichtes Communiqué besagt ausdrücklich, daß die bisher der Konferenz vorgelegten Vorschläge einschließlich des Konventionsskizzenentwurfes im Hauptauschuß zur Generaldebatte gestellt werden. Es bestätigt sich also, daß der Konventionsskizzenentwurf, wie französischerseits gefordert, die Grundlage der allgemeinen Aussprache bilden wird.

Neuer nennt diese Beschlüsse einen taktischen Erfolg für die deutsche Delegation, weil dadurch alle während der allgemeinen Debatte unterbreiteten Vorschläge beinahe auf gleichem Fuße behandelt werden wie der Konventionsskizzenentwurf, während die Franzosen der Meinung sind, daß dieser Entwurf den Bereich der Erörterungen einschränken sollte.

Die Genfer Abrüstungskonferenz hat in ihrer heutigen — vorläufig letzten — Vollversammlung die Beschlüsse des Büros über den weiteren Gang der Arbeiten ohne Aussprache genehmigt. In der Entscheidung über den Arbeitsstoff heißt es: Die Konferenz fordert den Hauptauschuß auf, eine Vorprüfung und Zusammenfassung der genannten Entwürfe und Vorschläge und des Konventionsskizzenentwurfes vorzunehmen.

### Neues Stadium der Memelkrise

Der Präsident des Memeler Landesdirektoriums, Böttcher, hat sein Amt niedergelegt mit der Begründung, daß die Entscheidung der internationalen Instanzen, ob der Gouverneur das Recht hat, den Präsidenten des Direktoriums abzuberufen oder nicht, noch lange ausbleiben könne, und daß es im Interesse des Memelgebietes liege, daß möglichst bald wieder ein dem Statut entsprechendes Direktorium in Tätigkeit tritt. Der litauische Regierung ist dadurch ein Vorwand genommen, von ihrer Verschleppungstaktik weiterhin Gebrauch zu machen. Böttcher ist nicht mehr Präsident, infolgedessen können die Forderungen des Völkerbundesrats auf ungedeckte Bildung eines neuen Direktoriums ohne großen Zeitverlust erfüllt werden. Deutschland wird inzwischen weiterhin die Signaturmächte des Memelstatus drängen, ein Verfahren vor dem Haager Schiedsgerichtshof einzuleiten.

Vizeadmiral a. D. Carl Hollweg. In Bremen ist Vizeadmiral a. D. Carl Hollweg im Alter von 64 Jahren gestorben. Er war während des Krieges Linienflottenkommandant und später Oberwerftdirektor. Hollweg ist in weiten Kreisen besonders durch seine Tätigkeit als Sachschlichter bekannt geworden.

## Die große politische Aussprache im Reichstag

### Eine stürmische Sitzung am Dienstag

Die erste Reichstagsitzung, die am Dienstag nach der langen Winterpause stattfand, brachte wieder Sturmgezeiten.

Reichsinnenminister Gröner unterbreitete zunächst den Vorschlag der Regierung, wonach bei der Reichspräsidentenwahl der erste Wahlgang am 13. März, der eventuell notwendig werdende zweite Wahlgang am 10. April stattfinden soll.

Als erster Redner aus dem Hause sprach nicht der Vertreter der stärksten Partei, der Sozialdemokratie, sondern als Sprecher der stärksten Oppositionspartei der nationalsozialistische Abgeordnete Dr. Götzel. Bei der Kritik der Regierungspolitik war er weniger laut und temperamentvoll als in früheren Reden. Als er dann die ablehnende Haltung seiner Partei gegen die Wiederwahl des Reichspräsidenten v. Hindenburg begründete, änderte sich das Bild. Der Widerspruch, den er bei seinen ersten Ausführungen aus den Reihen der Linken erfahren hatte, dehnte sich auch weit auf die rechte Seite des Hauses aus, als er meinte, Reichspräsident v. Hindenburg habe die nationale Front seiner Wähler verlassen. In der nachfolgenden Unruhe war nicht jedes Wort seiner Rede zu verstehen; aber als er mit einem Hinweis auf die Sozialdemokraten sagte, Hindenburg werde jetzt gelobt von der Partei der Deserteure, da brach ein Sturm der Entrüstung bei den jüngeren Mitgliedern der Sozialdemokratie aus. Die Kriegsteilnehmer dieser Partei drängten sich nach vorn und verlangten stürmisch eine Zurücknahme dieser Beleidigung. Der Sturm beruhigte sich auch nicht, als Präsident Götzel nach längerem vergeblichem Parlamentieren Dr. Götzel einen Ordnungsruf erteilte. Trotz vieler Ordnungsrufe, mit denen Löbe seine eigenen Parteigenossen beehrte, wiederholten diese ihre lauten Protestrufe, die Nationalsozialisten antworteten ähnlich laut, und der Lärm wurde so groß, daß die Sitzung schließlich unterbrochen werden mußte.

Nach ihrer Wiedereröffnung teilte der Präsident mit, der Ältestenrat habe aus dem Stenogramm festgestellt, daß Dr. Götzel den Reichspräsidenten so schwer beleidigt habe, daß ein Ordnungsruf dafür nicht als ausreichende Sühne betrachtet werden könne, sondern die Ausschließung von Dr. Götzel aus der Sitzung verfügt werden müsse. Dr. Götzel hatte nämlich nach dem Stenogramm gesagt: „Sage mir, wer Dich lobt, und ich will Dir sagen, wer Du bist! Hindenburg wird gelobt von der Berliner Apphaltpresse und von der Partei der Deserteure.“ Dr. Götzel verließ nach seiner Ausschließung unter Heulrufen seiner Freunde den Saal; aber der Zwischenfall führte noch zu einer erregten Geschäftsordnungsdebatte.

Für die Kriegsteilnehmer aller Parteien, mit Ausnahme der Deutschnationalen, Kommunisten und Nationalsozialisten, protestierte Abg. Kemmer (Staatsp.) gegen Götzels Ausführungen. Gegen den Beschluß des Ältestenrates protestierte der Nationalsozialist Straßer. Der Deutschnationale v. Stubbenort, der Kommunist Graf und die Sozialdemokraten Künster und Dr. Schumacher führten den Streit weiter. Es waren nur Bruchstücke aus den Ausführungen zu verstehen, weil die Nationalsozialisten in verärgelter Form die Störungsmethode anwandten, die in einem früheren Sitzungsabschnitt von den Kommunisten erprobt worden waren. Sie probierten ein stürmendes Brüllen und Schreien, gegen das der Präsident machtlos ist, weil der einzelne Störer nicht so leicht festzustellen ist wie ein Zwischenrufer.

Als zweiter Redner zur Debatte kam der Kommunist Ulbricht zu Wort. Ihm gelang es, die Ruhe im Saal vollständig wiederherzustellen. Seine im breitem schächtlichen Dialekt vorgetragene Propagandarede für den kommunistischen Kandidaten Thälmann versuchte die meisten Abgeordneten aus dem Saale.

Für die Volksnationale Reichsvereinigung und den Jungdeutschen Orden trat der Abg. Voltrich war für die Wiederwahl des Reichspräsidenten v. Hindenburg ein.

### Die heutige Mittwochsitzung

Bei Eröffnung der heutigen Mittwochsitzung des Reichstags erklärte Reichspräsident Götzel, die Störungen in der gestrigen Sitzung gäben ihm Veranlassung, für den Fall der Wiederholung solcher Störungen die schärfsten Maßnahmen anzuordnen.

Reichswehrminister Gröner nimmt vor der Fortsetzung der Aussprache zu einer Erklärung das Wort: In der gestrigen Sitzung hat der Abg. Dr. Götzel nach Feststellung des Ältestenrates folgendes gesagt: „Sage, wer Dich lobt und ich sage Dir, wer Du bist. Hindenburg gelobt von der Partei der Deserteure.“ Die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes wird es als eine Ungehörlichkeit auffassen, wenn der oberste Soldat des Krieges, der Sieger von Tannenberg, der Mann, der sich freiwillig zu Anfang des Krieges in den Dienst des Vaterlandes gestellt hat, der Mann, der diesen Dienst auch dann nicht verlassen hat, als alles zusammenbrach (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit, lärmende Zurufe bei den Nationalsozialisten), wenn Hindenburg in irgendwelcher Beziehung mit dem Wort „Deserteur“ gebracht wird (Rufe bei den Nationalsozialisten: Das ist nicht geschehen!). Diese Beleidigung, die ein Mann anzusprechen mag, der selber den Krieg nur vom Hörensagen kennt (Rebhaftes sehr richtig bei der Mehrheit, lärmender Widerspruch bei den Nationalsozialisten), kann zwar der Größe der Leistung des Generalfeldmarschalls ebenso wenig anhaben wie der Berehrung, welche das deutsche Volk vor seiner Pflichterfüllung in Krieg und Frieden erfüllt. Aber als Mitglied der Reichsregierung und als Vertreter der deutschen Wehrmacht habe ich die Pflicht und den Auftrag, diese ungeheuerliche Äußerung des Abg. Götzels als eine Beleidigung nicht nur des Herrn Reichspräsidenten, sondern des deutschen Volkes zu kennzeichnen (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit, Rufe bei den Nationalsozialisten: Das stimmt ja nicht!) und sie auf das Schärfste zurückzuweisen.

Die Erklärung des Ministers wurde von der Mehrheit mit stürmischem Beifall, von den Nationalsozialisten mit lärmenden Protestrufen aufgenommen. Von ihnen und den Deutschnationalen wurden Zurufe gegen die Regierung gerichtet.

Präsident Götzel wies die Abg. Dr. Leh (NS.) und Kleiner (Dnt.) wegen dauernder Störung und beleidigender Zurufe aus der Sitzung aus.

Als nächster Redner in der Aussprache erhielt dann Abg. Dr. Breitfeld (Soz.) das Wort. Die Sozialdemokraten hätten vor 7 Jahren allerdings die Kandidatur Hindenburgs bekämpft. Leute, die von ihrem damaligen Kandidaten Hindenburg einen Bruch der Verfassung und des Eides auf die Republik erwarteten, seien unangenehm, die Verfassungsfreunde angenehm enttäuscht worden. Die Danziger Front und die Nationalsozialisten wollten sich nur dann für Hindenburg erklären, wenn er ihnen für ihre Stimmen politische Ware verlaufe. Hindenburg bietet für die Aufrechterhaltung der Verfassung die Gewähr. Wir freuen uns daß es ernsthafter Gegner Hindenburgs gibt, die sich nicht auf die Republik beschränken, sondern sich für die Niederlage und nicht ein Offizier Hitlers.

## Badischer Teil

### Der badische Staatsvoranschlag für 1932/33

Landtag — Staatsministerium — Rechnungshof

Dem Landtag sind jenen die ersten Teile des badischen Staatsvoranschlags für die Rechnungsjahre 1932 und 1933 zugegangen. Sie betreffen den Landtag, das Staatsministerium und den Rechnungshof.

Im Einzelplan 1: Landtag betragen im ordentlichen Haushalt die fortdauernden Ausgaben jährlich 527 500 RM. Sie haben gegen bisher eine Verminderung um 134 890 RM jährlich erfahren. Die Einsparung am Besoldungsaufwand der Beamten und Angestellten durch die Kürzungen beträgt pro Jahr 21 800 RM. Der Aufwand für das Landtagsgebäude mit jährlich 12 780 RM erscheint künftig im Haushalt des Finanzministeriums. Die Aufwandsentschädigung der Landtagsabgeordneten erfordert nach der 20prozentigen Kürzung vom 20. November 1930 die Summe von 295 500 RM jährlich, das sind 41 500 RM weniger als bisher. An jährlichen fortdauernden Einnahmen verzeichnet der Landtag nur den Betrag von 5000 RM an Mietzinsen für Dienstwohnungen usw. Die Stellenzahl mit 15 planmäßigen und drei außerplanmäßigen Beamten hat sich nicht verändert.

Der Haushalt des Staatsministeriums (Einzelplan 11) verzeichnet im ordentlichen Etat an fortdauernden Ausgaben jährlich 235 000 RM. Die Einnahmepositionen beschränken sich auf den geringfügigen Betrag von 900 RM jährlich. Die Ausgaben konnten pro Jahr um den Betrag von 108 450 RM zurückgedrückt werden. Die Einsparung am Besoldungsaufwand der Beamten und Angestellten durch die Kürzungen beträgt insgesamt jährlich 36 984 RM. Der Staatspräsident bezieht ein jährliches Aufwandsentgelt von 2000 RM. Das Gehalt nach Gruppe B 1 erscheint im Etat des Justizministeriums. Aus dem Ministerium des Innern wurde auf 1. Oktober 1931 die Pressestelle übernommen, für die ein persönlichem und sachlichem Aufwand jährlich 13 400 RM erforderlich sind. Die wirtschaftliche Vertretung Badens in Berlin ist mit der Vertretung bei der Reichsregierung geschäftsmäßig vereinigt. Die persönlichen und sachlichen Ausgaben hierfür betragen pro Jahr insgesamt 95 850 RM, gegen bisher ein weniger von 73 010 RM. Die im Haushalt des Staatsministeriums vorgesehenen planmäßigen Stellen betragen wie bisher 23. Dagegen ist nur eine außerplanmäßige Stelle (bisher 2) angefordert.

Der Einzelplan VI umfaßt den Haushalt des Rechnungshofs. Die fortdauernden Ausgaben im ordentlichen Etat betragen sich auf 222 700 RM jährlich, gegen bisher eine Verminderung um 85 840 RM. Die Einsparung am Besoldungsaufwand der Beamten und Angestellten durch die Kürzungen beträgt jährlich 47 149 RM. Der Präsident des Rechnungshofs bezieht nach Gruppe B 11 ein Gehalt von 16 115 RM. Planmäßige Beamte sind vorhanden 33 (bisher genehmigte Stellenzahl 33).

Der bisher einzige außerplanmäßige Beamte wird eingesparrt. Auch beim Rechnungshof findet sich nur ein geringer Einnahmebetrag von 450 RM jährlich.

### Gemäßigung der Bürgersteuer 1931 für lohnsteuerfreie Arbeitnehmer, insbesondere für Kurzarbeiter

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

In der zweiten Verordnung des Reichsministers der Finanzen zur Durchführung der Bürgersteuer 1931 vom 11. Februar 1932 (Reichsgesetzblatt Seite 66) ist vorgesehen, daß Arbeitnehmer, die im Jahre 1930 noch soviel verdienten, daß sie nicht einkommensteuerfrei waren, und von denen daher in der Steuerliste nicht bereits die Hälfte des niedrigsten Steuerjahres angefordert worden ist, während ihr gegenwärtiger Lohn die Lohnsteuerfreigrenze nicht übersteigt, für die bei der nächsten auf die Fälligkeit folgende Lohnzahlung einzubehaltende Bürgersteueranteile jeweils nur die Hälfte des auf der Steuerliste hierfür vorgesehenen Bürgersteuerbetrags einbehalten wird. Der Herr Reichsfinanzminister hat bereits in einem Rundschreiben vom 6. Februar auf diese Bestimmung hingewiesen und das Nähere wegen der Durchführung veranlaßt.

### Das Urteil des Schwurgerichts Karlsruhe im Falle Schnaiter

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

Die gegen Karl Schnaiter wegen Totschlags an seiner Ehefrau verhängte Gefängnisstrafe von 5 Jahren ist in der Öffentlichkeit vielfach als zu milde getadelt, auch ist die Staatsanwaltschaft in Zuschriften aufgefordert worden, das Urteil anzufechten. Die Kritik sowohl als die Forderung verkennen die Rechtslage.

Das Schwurgericht kam in Würdigung der Vorgänge kurz vor und während der Tat und der ehelichen Verhältnisse zu der Überzeugung, daß dem Täter mildernde Umstände nicht verjagt werden könnten. Bei Annahme mildernder Umstände aber war die höchstzulässige Gefängnisstrafe 5 Jahre. Sodann: Wegen ein Schwurgerichtsurteil gibt es nach der Strafprozessordnung nur das Rechtsmittel der Revision an das Reichsgericht. Revision ist aber nur nicht die Nachprüfung eines Urteils schlechthin. Das Revisionsgericht prüft nur, ob das Gesetz richtig auf den festgestellten Tatbestand angewendet wurde. Die Frage, ob mildernde Umstände vorliegen, ist Sache der Tatsachenermittlung, also keine Rechtsfrage in dem angeedeuteten Sinne, und somit der Revision entzogen. Da andere Revisionsgründe, prozessuale Verstöße oder dergleichen nicht vorliegen, so konnte das Urteil von der Staatsanwaltschaft nicht angefochten werden.

### Regierungsbaumeisterprüfung im Hochbaujahr 1932

Die diesjährige Staatsprüfung im Hochbaujahr (Regierungsbaumeisterprüfung) wird nach Maßgabe der hierüber bestehenden allgemeinen Bestimmungen (S. u. VBl. 1914 S. 336) Anfang April beginnen. Die Anmeldungen zu dieser Prüfung sind im Laufe des Monats März beim Finanzministerium einzureichen.

### Konfularische Vertretung Litauens

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

Der litauische Generalkonsul Friedrich Hüfner in München, der zur Ausübung konfularischer Amtshandlungen in Baden zugelassen war, hat sein Amt niedergelegt. Die Geschäfte des litauischen Generalkonsulats in München werden von der Konsulatsabteilung der litauischen Gesandtschaft in Berlin W 35, Kurfürstenstraße 134, wahrgenommen.

# Badischer Landtag

## Haushaltsauschuss

Der Haushaltsauschuss des Landtags setzte die Beratung der vergleichenden Darstellung der Voranschläge und Rechnungsergebnisse für die Rechnungsjahre 1928 und 1929 und der Rechnungsnachweisung für 1929 fort. Auf Antrag des Berichterstatters, Abg. Seubert (Zentr.), wurde mit 15 Stimmen bei einer Enthaltung (Nationalsozialist) Kenntnis genommen und die nachträgliche Genehmigung erteilt. Dann trat der Ausschuss in die Beratung des Haushaltsplans für 1932 und 1933 ein.

Abg. Kufbaum (Soz.) berichtete über den Haushalt des Landtags. Im Staatsvoranschlag erscheint der gesamte Aufwand für die Bauunterhaltung nicht mehr beim Etat der einzelnen Verwaltungszweige, sondern in einer Gesamtsumme im Finanzministerium. Der Finanzminister begründete diese Änderung damit, daß durch die zentrale Verwaltung der Bauunterhaltungsmittel eine Verbilligung der Verwaltung und eine rationelle Verwendung der Mittel erreicht werden soll.

Beim Haushalt des Staatsministeriums teilte der Staatspräsident mit, daß Preußen sämtliche Länder, die Gesundheitsämter bei ihm bisher unterhalten haben, davon in Kenntnis setzte, daß der Charakter dieser Verträge als Gesundheitsämter mit Wirkung vom 1. April 1932 aufhören soll. Baden hat deshalb in Zukunft nur noch eine Vertretung bei der Reichsregierung und Bevollmächtigte zum Reichsrat. Die Folge dieser Veränderung ist, daß das Dienstverhältnis der bisherigen Gesundheitsämter in Berlin landessteuerpflichtig wird. Es sind etwa 28 000 RM. preussische Grund- und Gewerbesteuer zu entrichten.

Die deutschnationalen Anträge über die Zusammenlegung des Staatsministeriums wurden abgelehnt. Ein Antrag der Nationalsozialisten, der die Erhebung der Anlage gegen den Minister des Innern, Maier, verlangt, wurde nicht erledigt, da er die vorgeschriebene Begründung nicht enthielt.

Beim Rechnungshof wurden auf Antrag von Au (Volkswirtschaftsp.) an der Position Dienstverpflichteten noch 600 RM. gezeichnet.

Die drei genannten Staatsvoranschläge fanden bei Stimmenthaltung des staatsparteilichen Vertreters gegen die Stimmen der Nationalsozialisten Annahme.

## Der Antrag des Haushaltsauschusses zur Haushaltsnotverordnung

Der Haushaltsauschuss beantragt, die Haushaltsnotverordnung vom 9. Okt. 1931 und das 11. Notgesetz vom 17. Dez. 1931 über Änderungen im Staatshaushalt zu genehmigen. Er stellt ferner den Antrag, die Regierung zu erfragen:

1. die Staatsorgane anzuweisen, daß bei Eingriffen in das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden gemäß § 24 Abs. 1 der Gemeindeordnung auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Gemeinden Rücksicht genommen wird;

2. nach Wegfall der Notstände die zur Depuitats- und Bejoldungsfürzung der weislichen Lehrkräfte zu machen und die Depuitats- und Bejoldungsfürzung wieder aufzuheben;

3. zu prüfen, ob und inwiefern angeht die außerplanmäßigen liberalerung der außerplanmäßigen Lehrkräfte an den Schulen die nach Artikel 53 §§ 3 und 4 der Haushaltsnotverordnung vom 9. Okt. 1931 frei werdenden Stellen alsbald wieder planmäßig besetzt und darüber hinaus alle außerplanmäßigen Lehrkräfte, die trotz eines Vergütungsdienstalters von mehr als 10 Dienstjahren dabei nicht mehr Berücksichtigung finden können, unter Aufrechterhaltung ihrer Verjoldbarkeit „für ihre Person“ in das planmäßige Dienstverhältnis überführt werden können;

4. zu prüfen, ob die Wiedereinführung einer Abfindungssumme für ausgeschiedene verheiratete Beamte möglichst bald in die Wege geleitet werden kann;

5. in Anlehnung des badischen Bejoldungsrechts an dasjenige des Reichs den Artikel 49 (Aufscheidung und Beförderung) der Haushaltsnotverordnung vom 9. Okt. 1931 außer Kraft zu setzen (Antrag der Abg. Dr. Föhr u. Gen.);

6. bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß die Freigrenze für die Bejoldungsfürzungen von 1500 RM. auf 2000 RM. des Bruttoeinkommens heraufgesetzt wird (Ziff. 111 des Antrags der Abg. Dr. Föhr u. Gen.).

Die zur Materie vorliegenden Anträge der Kommunisten werden abgelehnt, die Anträge der Demokraten und des Zentrums, betr. Einheitslichkeit in der deutschen Beamtenbejoldung, als durch die Maßnahmen der Regierung und obige Bejoldungsfürzung erledigt erklärt, die verschiedenen Gesuche aus der

Reihen der Beamten und der Lehrerschaft, des Verbands der badischen Gemeinden usw. der Regierung zur Kenntnisnahme überwiesen.

## Aus der Landeshauptstadt

Schiedspruch im Gastwirtsgerichte. Der Landeschlichter hat für das Hotel- und Gastwirtsgerichte unterm 15. Februar einen Schiedspruch gefällt, wonach mit Wirkung vom 1. Januar d. J. an die Gehälter und Löhne, sowie die Garantielöhne um 15 Proz. gesenkt werden. Außerdem tritt eine Senkung um 10 Proz. für die Sachbezüge (Kost und Wohnung) mit demselben Zeitpunkt ein.

Badisches Landestheater — Spielplanänderung. Infolge zahlreicher Erkrankungen im Personal muß die für Donnerstag, den 25. Februar, angelegte Sondervorstellung für die Volksbühne ausfallen. Dieser Tag wird daher für die Donnerstag-Platzmiete (D 21) frei. Am Donnerstag, 25. Februar, findet in Platzmiete D 21, abends 8 Uhr, Vorstellung statt, und zwar neuinszeniert: „Wallensteins Lager“ und „Die Piccolomini“ von Schiller. (Donnerstag, den 2. März, in D 22 „Wallensteins Tod“). Die Platzmiete werden gebeten, die rasche Änderung mit den besondern Umständen entschuldigend zu wollen und mit Rücksicht aufzunehmen. Die Theatergemeinde ist mit Nr. 901 bis 1000 beteiligt. — Die Sondervorstellung der Volksbühne „Im weißen Rössl“ findet voraussichtlich am 7. März statt.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe vom Mittwochmorgen: Die Wetterlage hat sich noch nicht geändert. Aus Norden dringen ununterbrochen Luftmassen ozeanischen Ursprungs nach Süddeutschland vor und verursachen in der Ebene nasskaltes Wetter, im Gebirge zeitweise leichte Schneefälle bei mäßigem Frost. Die Schneedecke des Schwarzwaldes ist daher jetzt wieder geschlossen, war aber heute früh noch nicht sehr mächtig. — Voraussage: Fortdauer der bestehenden Bitterung.

Wasserstände: Badstut fehlt, Basel 53 — 5, Schutterinsel 4 — 9, Rheinweiler 216 + 1, Neß 150 — 1, Maxau 317 + 4, Mannheim 174 und, Caub 107 — 3.

## Kurze Nachrichten aus Baden

Bad. Heidelberg, 23. Febr. Der mehrere Wochen dauernde Lichtstreich hat sein Ende gefunden. Vorbehaltlich der Genehmigung der zuständigen Stellen wird mit Wirkung vom 1. Januar ab die vom Oberbürgermeister vorgeschlagene Tarifsetzung bei Gas und Strom vorläufig durchgeführt und bei der Einföhrung der Gebühren schon praktisch berückjichtigt.

Bad. Baden, 23. Febr. Nach längerem Krankenlager ist im Alter von 56 Jahren Altbürgermeister Theodor Weigand gestorben. Von 1902 bis 1911 war er Reichsreiter und dann bis Kriegsende Bürgermeister in Baden.

Bad. Freiburg i. Br., 23. Febr. Zu der Notiz, wonach auf der Hüllentalbahn die alten Wagen ausrangiert und durch neue Wagen ersetzt werden sollen, wird mitgeteilt, daß eine vollständige Ersetzung der alten Wagen auch für Personenzüge zur Zeit nicht in Aussicht gestellt werden könne. Dagegen werde die Reichsbahnverwaltung die steifen und unbequemen Holzbanke in den Personenzugwagen dritter Klasse der Hüllentalstrecke gegen bequemere, der Körperform angepaßte Rattenbanke austauschen.

Bad. Konstanz, 24. Febr. Das alte Bodenseeschiff „Baden“, ehemals das schönste Salonschiff am Bodensee, früher „Kaiser Wilhelm“, gezeihen, ist nach jahrzehntelanger Diensttätigkeit jetzt lang- und langsam vom Bodensee verschwunden und abgebrochen worden. Der Prachtstalon steht heute bei Konstanz am Rhein als Sport- und Fußballquartier.

## Handel und Wirtschaft

### Devisennotierungen der Reichsbank

Ort	24. Februar		23. Februar	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	169.93	170.27	170.33	170.57
Kopenhagen 100 Kr.	80.52	80.68	80.27	80.43
Italien 100 L.	21.88	21.92	21.88	21.92
London 1 Pf.	14.64	14.68	14.59	14.63
New York 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris 100 Fr.	16.56	16.59	16.55	16.59
Schweiz 100 Fr.	82.00	82.16	82.02	82.18
Wien 100 Schilling	49.95	50.05	49.95	50.05
Brag 100 Kr.	12.465	12.485	12.465	12.485

Sinner AG, Karlsruhe-Grünwinkel. In der Sitzung des Aufsichtsrates am Dienstag wurde beschlossen, nach Abschreibungen von 250 000 RM auf Anlagen (i. B. 320 568 RM) der auf den 26. April einzuberufenden Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 6 Proz. (i. B. 9 Proz.) vorzuschlagen und 306 706 RM (i. B. 303 449 RM) auf neue Rechnung vorzutragen. Ferner sollen 500 000 RM im Besitz der Gesellschaft befindliche eigene Aktien eingezogen und der sich hierdurch ergebende Budgetgewinn von 185 800 RM zu besonderen Abschreibungen verwendet werden.

Handelskammer Heidelberg. Die Vollversammlung der Handelskammer für die Kreise Heidelberg und Mosbach hat den äußerst sparsam aufgestellten Voranschlag für 1932 genehmigt und den Umlagefuß von 5 auf 3,8 Pf. herabgesetzt. Beschlossen wurde die Unterstützung der württembergischen Vorschläge zum Schutze des mittelständischen Einzelhandels. Zur Bekämpfung der Mißstände im Ausverkaufswesen hat die Kammer bestimmte Richtlinien herausgegeben.

## Staatsanzeiger

### Bekanntmachung Vorschriften über Krankheitsregister.

Öffentliche oder amtliche Wasser- und Abwasserreaktionen werden in Baden in folgenden Krankenhäusern und Anstalten im Sinne des § 2 Absatz 3 a und b der Bekanntmachung, betr. Vorschriften über Krankheitsregister vom 21. November 1917 (Reichsgesetzblatt Seite 1069) ausgeführt, ohne daß sie einer Erlaubnis bedürfen:

1. Freiburg: Badisches Untersuchungsamt für ansteckende Krankheiten; Universitätsklinik für Haut- und Geschlechtskrankheiten;
2. Heidelberg: Badisches Untersuchungsamt für ansteckende Krankheiten; Universitätsklinik für Haut- und Geschlechtskrankheiten; Wissenschaftliche Abteilung des Instituts für experimentelle Krebsforschung;
3. Heil- und Pflegeanstalt Ellenau;
4. Heil- und Pflegeanstalt bei Konstanz;
5. Karlsruhe: Städtisches Krankenhaus;
6. Mannheim: Städtisches Krankenhaus.

II.  
Eine Erlaubnis zur gewerbsmäßigen Ausführung der Wasser- und Abwasserreaktionen auf Grund des § 2 Absatz 1 und 2 obengenannter Bekanntmachung ist erteilt:

1. Apotheker Dr. Fritz Lindner, Karlsruhe, Kaiserstr. 80,
2. Dr. med. Binder, Leiter des bakteriologischen Instituts der öffentlichen Untersuchungsanstalt Forstheim,
3. Generaloberarzt a. D. Dr. Emil Lobendanz, Baden-Baden, Lange Straße 2,
4. Dr. med. Martin Schmidt in Mannheim, T. G. 24, Karlsruhe, den 23. Februar 1932.

Der Minister des Innern,  
Maier.

### Regierungsbaumeisterprüfung im Hochbaufach 1932.

Die Anmeldungen zur diesjährigen Regierungsbaumeisterprüfung im Hochbaufach sind spätestens bis Ende März 1932 mit den nach § 8 Abs. 1 der landesherlichen Verordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. August 1914 (G. u. Vbl. 1914 S. 336) bezeichneten Nachweisen und Angaben beim Finanzministerium einzureichen.  
Karlsruhe, den 22. Februar 1932.

Der Finanzminister,  
J. B. Sammet.

## Personelles Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurrücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Ernannt:

Sendatmeriechauptwachmeister Wilhelm Keller in Dinterjarzen zum Sendatmeriechauptwachmeister.

Zur Ruhe gesetzt bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit:  
Verwaltungssinspektor August Buff beim Bezirksamt Mannheim.

Zur Ruhe gesetzt:  
Kriminalassistent Adam Siegel in Bruchsal und Polizeisekretär Heinrich Göttinger in Karlsruhe.

Entlassen:

Polizeihauptwachmeister Konrad Weinbach in Karlsruhe.

## Unsere Vertretung für Baden

ist ab 1. April 1932 zu vergeben

Geeignete Bewerber mit besonderer Verkaufsbegabung und hervorragenden technischen Kenntnissen, welche bei den in Frage kommenden Abnehmerkreisen, besonders den Behörden, Elektrizitätswerken, Maschinenfabriken und Wiederverkäufern beste Beziehungen unterhalten und gut eingeführt sind, belieben ausführliche schriftliche Bewerbung mit Lebenslauf, Zeugnisabschriften, Referenzen und Lichtbild an die Firma

Deutsche Elektrizitäts-Werke

zu Aachen

— Garbe, Lahmeyer & Co. —

Aktiengesellschaft.

zu richten. L. 723

## Gutschein

Ausschneiden! Einsenden!

Zur Einführung verteilte

1000 Stück Goldstiftfederhalter

„Simplob“ mit 2 Res.-Fed.,

garantiert 14 kar. Gold pl., pro

Stück geg. 1,50 RM per Nachn.

Auf Wunsch in Ihrem Monogr.

n. H. Handgravierung gratis.

Füllhalterhaus Erich Steg-

mann, Nürnberg-A 199.

Vertreter gesucht. L. 722

Karlsruhe. B. 752

Güterrechtsregistereinträge.

1. Zu Band II, Seite 226:

Bojchert Heinrich, Wulfer,

Karlsruhe und Luise geb.

Kienzler. Gütertrennung.

2. Seite 227: Huber Karl,

Kaufmann, Karlsruhe und

Anna Clara geb. Fütterer.

Vertrag vom 1. Febr. 1932.

Gütertrennung. 19. II. 32.

Amtsgericht Karlsruhe.

## Bierbrauerei-Gesellschaft am Huttentkreuz A.G. Ettlingen, Baden.

Bei der am 17. Februar 1932 notariell vorgenommenen Auslosung der für die Jahre 1925 bis einschl. 1932 planmäßig zu tilgenden 4 1/2 % Obligationen wurden folgende Nummern gezogen:

Lit. A Nr. 1, 3, 9, 14, 19, 24, 28, 31, 33, 34, 36, 37, 38, 41, 54, 62, 71, 72, 79, 87, 91, 95, 100, 109, 110, 113, 120, 123, 140, 147, 159, 169, 174, 176, 179, 182, 193, 202, 205, 208, 210, 231, 235, 238, 251, 259, 263, 278, 286, 294.

Lit. B Nr. 301, 302, 306, 311, 313, 319, 326, 328, 330, 333, 336, 340, 343, 350, 352, 353, 354, 357, 362, 370, 372, 376, 379, 380, 387, 388, 392, 408, 418, 426, 439, 440, 447, 460, 478, 481, 482, 486, 497.

Erstere werden mit 153 RM und letztere mit 76,50 RM ab 1. April 1932 bei der Deutschen Bank und Discontogesellschaft, Filiale Karlsruhe, eingelöst.

Ettlingen, den 17. Februar 1932. L. 724

## Bierbrauerei-Gesellschaft am Huttentkreuz A.G.

Badisches Landestheater

Donnerstag, 25. Febr. 1932

\* D 21 (Donnerstagmiete)  
Th.-Gem. 901—1000

Wallenstein  
Von Schiller

Wallensteins Lager — Die  
Piccolomini

Regie: Dr. Waag  
Mitwirkende:  
Vertram, Emmerich, Frauen-  
dorfer, Rademacher, Seiling,  
Baumbach, Brand, Ernst,  
Gemmede, Herz, Diehl, Höder,  
Der Better aus Dingsda.

## BADISCHES LANDESTHEATER

## Spielplan-Änderung

Donnerstag D 21 (Donnerstagmiete) Th.-Gem. 901—1000

Wallensteins Lager — Die Piccolomini

Beginn 20 Uhr 2.72  
(statt Sondervorstellung für die Volksbühne)

## Staats- und Gemeindebehörden

sind unsere Abonnenten. Wollen Sie diese auf Ihre Firma aufmerksam machen, so inserieren Sie in dem offiziellen Organ der badischen Regierung der

## KARLSRUHER ZEITUNG

BADISCHER STAATSANZEIGER

# Badische Kultur und Geschichte

Nr. 8

Beilage zur Karlsruher Zeitung (Badischer Staatsanzeiger) Nr. 46

24. Februar 1932

## 150. Jahrestag der Erstausführung von Schillers „Die Räuber“

Von W. Sigmond, Heidelberg

Es war am Sonntag, den 13. Januar 1782. Aus der ganzen Umgegend von Heidelberg, Darmstadt, Frankfurt, Mainz, Worms, Speier usw. waren die Leute zu Fuß und zu Wagen nach Mannheim geströmt, um dieses berühmte Stück, das eine außerordentliche Publizität erlangt hatte, von Künstlern aufführen zu sehen, die auch unbedeutende Rollen mit täuschender Wahrheit gaben und nun hier um so stärker wirken konnten, je gedrängter die Sprache, je neuer die Ausdrücke, je ungeheurer und schrecklicher die Gegenstände waren, die dem Zuschauer vorgeführt werden sollten. Der kleine Raum des Hauses nötigte diejenigen, welchen nicht das Glück zuteil wurde, eine Loge zu erhalten, ihre Sitze schon mittags um ein Uhr zu suchen und geduldig zu warten, bis um fünf Uhr endlich der Vorhang aufrollte. Um die Veränderung der Kulissen leichter zu bewerkstelligen, machte man aus fünf Akten deren sechs, welche von fünf bis nach zehn Uhr dauerten. Die ersten drei Akte machten die Wirkung nicht, die man im Lesen davon erwartete; aber die letzten drei enthielten alles, um auch die gespanntesten Forderungen zu befriedigen.

Mit diesen Worten schildert Schillers treuer Freund Andreas Streicher die erste Aufführung auf der „National-Bühne“ zu Mannheim. Zuschauer und Darsteller waren hingerissen von dem „allgewaltigen Feuerstrom“, Schiller selbst, der heimlich von Stuttgart nach Mannheim gereist war, um der Erstausführung seiner „Räuber“ anzuwohnen, war erstaunt über die mächtige tragische Wirkung, besonders Iffland als Franz wußte die Gemüter bis in die innersten Tiefen zu erschüttern. Schiller selbst schreibt einige Tage nach dem großen Ereignis an den Intendanten Dalberg: „Beobachtet habe ich sehr vieles, sehr vieles gelernt, und ich glaube, wenn Deutschland nicht einen dramatischen Dichter in mir findet, so muß ich die Epoche von der vorigen Woche zählen.“

Die Aufführung von Schillers „Räuber“ in der damaligen Zeit darf man als ein Ereignis bezeichnen; sie stellte für den einunddreißigjährigen Intendanten eine heroische Tat dar. War auch manches Revolutionäre dieses Schillerschen Jugenddramas weggelassen, verändert und geändert worden, den herrschenden Ideen der Zeit trug es doch Rechnung. Das sehen wir an dem gewaltigen Besuch der Erstausführung aus nah und fern. Es war das Sturmwehen einer neuen Zeit, was aus diesem Werke sprach.

Bereits im Sommer 1781 waren die 800 Exemplare des Erstdrucks der „Räuber“ mit dem fingierten Druckort Frankfurt und Leipzig in der Mehlerschen Druckerei in Stuttgart im Selbstverlag des Dichters erschienen. Heute wird diese älteste Fassung des „Schauspiels“ als wertvolle Seltenheit mit hohen Preisen bezahlt. In wie vielen Kreisen mag Schillers erstes Werk gelesen, bestaunt, begrüßt, bejubelt, aber auch verdammt worden sein! Streicher schreibt darüber: „Es wäre vergeblich, den Eindruck schildern zu wollen, den diese Erstgeburt eines Jünglings der hohen Karlschule, und, wie man wußte, eines Lieblings des Herzogs, in dem ruhigen, harmlosen Stuttgart hervorbrachte, wo man nur mit sanften frommen Schriften den Geist nährte, wo man die Gedichte von Bürger, die Erzählungen von Wieland als das Auserwählte anerkannte, was die Poesie in sittlichen Schilderungen sich erlauben darf.“

Längst vor der ersten Aufführung waren die 800 Erstbrüche in festen Händen, so daß sich der Dichter genötigt sah, kurz nach Neujahr 1782 eine zweite Ausgabe in etwas veränderter Form zu veranstalten, mit der Titelbignette eines schreitenden Löwen und der Aufschrift „In tyrannos“ auf dem Felsen. Der Theaterzettel zur ersten „Räuber“-Aufführung in Mannheim trägt die Überschrift:

Sonntags den 13. Jänner 1782

wird  
auf der hiesigen National-Bühne  
aufgeführt

Die Räuber.

Ein Trauerspiel in sieben Handlungen; für die Mannheimer Nationalbühne vom Verfasser, Herrn Schiller, neu bearbeitet. Nachdem die Darsteller, darunter die bedeutendsten Vertreter der Rollen: Iffland, Beck, Weil und Beck, genannt sind, heißt es weiter: Das Stück spielt in Deutschland im Jahre, als Kaiser Maximilian den ewigen Landfrieden für Deutschland stiftete.

Umsonst erhob Schiller gegen die Verschiebung der Zeit der Handlung um etwa drei Jahrhunderte Einspruch, da ja die Sprache und die Gedanken mit jener Zeit gar nichts gemein hätten. Umsonst war auch sein Kampf gegen die altdeutschen Kostüme, die der Intendant vorkriech. Hierin sah sich Schiller durch den Ausschuß der Künstler unterstützt; aber Dalberg schrieb: „Die

Räuber können, nach allen Begriffen vom Theatereffekt nicht anders als mit idealem Anstrich und älterem Kostüm gegeben werden. Denn wo ist nur der geringste Grad von Wahrscheinlichkeit, daß in unseren jetzigen politischen Umständen und Staatenverfassung sich eine solche Begebenheit zutragen könnte! Dies Stück in unserer Tracht wird Fabel und unwahr.“

Doch weder die Kostüme noch die angekündigte Zeit der Handlung vermochten dem im Geist der Sturm- und Drangperiode geborenen Erstlingswerk Eintrag zu tun: Die Zuschauer, die vielleicht eine lange Tagereise unterwegs gewesen waren und nun, hingerissen von dem Feuerstrom der glühenden Tragik, dem Spiel folgten, sie waren belohnt für die Mühsale ihrer Reise und wurden zu frohen Boten des Glücks in ihrer Heimat. Wie würden sie erst dankbar gewesen sein, wenn sie den jungen Dichter hätten sehen dürfen, der der ersten Aufführung seines ersten Werkes anwohnte, dies aber nur in aller Heimlichkeit, da er seinen Poeten in Stuttgart ohne Urlaub verlassen hatte und jede Entdeckung vermeiden mußte. Mannheim wurde die Schiller-Bühne; von hier traten die „Räuber“ ihren Siegeszug an in die Theater Deutschlands; in Berlin standen sie innerhalb vier Monaten 14mal auf dem Spielplan; freilich fand das Stück auch seine Gegner, so in Danzig, wo die Aufführung der „Räuber“ als „unmoralisch, sittenbeleidigend“ unterlag.

Ungeachtet des starken Eindrucks, den die „Räuber“ auf den deutschen Bühnen hervorriefen, schien der schwäbische Herzog keine Notiz davon zu nehmen, bis ein Vorfall den württembergischen Hof in diplomatische Verwicklungen zu ziehen schien. Die im dritten Aufzuge des zweiten Aktes von Genossen Spiegelberg gesprochenen Worte: „Reiß Du ins Graubündner Land, das ist das Aihen der heutigen Gauner!“ erregten den Unmut eines westfälischen jungen Gelehrten, der dort einige Jahre als Hofmeister gestanden; er trat in den „Hamburger Adress-Comptoir-Nachrichten“ als Netter der Ehre der Graubündner auf und wies den erwähnten Ausdruck als beleidigend für jenes Land zurück. Daraufhin nahm auch ein Churer Blatt seine Landsleute in einer scharfen Erwidering in Schutz und verwahrte sich dagegen, daß Graubünden als die hohe Schule der Spitzbuben bezeichnet werde. Jemand ein Schiller-Übelgeimter spielte die Zeitung dem Herzog in die Hände, der, darüber aufgebracht, den Dichter aufforderte, sich zu verteidigen, das Komödien schreiben zu unterlassen und jeden Verkehr mit dem Ausland abzubrechen. Dazu zählte aber auch die Mannheimer Nationalbühne, wohin er im Sommer abermals zur Aufführung der „Räuber“ gereist war, auch mit dem Zweck, weitere Stücke, darunter den in Vorbereitung befindlichen „Fiesko“ dort unterzubringen. Durch die schroffe Ablehnung einer Verständigung seitens des Herzogs reifte nun in Schiller der Gedanke zur Flucht. Im August des Jahres 1782 wurden in Stuttgart und der ganzen Umgegend große Vorbereitungen zum Empfang des russischen Großfürsten und dessen Gemahlin, einer Nichte des Herzogs, getroffen. Den Tumult der Feste benützte Schiller zur Flucht. Begleitet von seinem treuen Freunde Streicher verließ er am 17. September die Hauptstadt; der Weg führte sie der Enz entgegen nach Bretten, wo sie in der „Krone“ bei Hofmeister Paravicini abstiegen und dann über Waghäusel und Schwetzingen nach Mannheim weiterfuhren. Da sich Schiller aber hier nicht sicher fühlte, ging die Reise weiter nach Frankfurt und später auf dem linken Rheinufer zurück nach Oggersheim, um hier die Verhandlungen wegen des nach Mannheim zur Aufführung eingereichten „Fiesko“ weiterzuführen. Dalberg aber in seinen guten Beziehungen zum württembergischen Hof lehnte den „Fiesko“ ab, und nun begann ein unruhiges Wandern für den Dichter, bis er schließlich nach einem Jahr für längere Zeit in Mannheim seine Beziehungen zur Bühne wieder aufnehmen konnte.

## Zeitschriftenbau

Die badischen Landes-Heil- und Pflanzanstalten für Geisteskranken im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts behandelt eine Schrift von Geh. Reg.-Rat A. Siebert, Karlsruhe, die im Verlag Volke, Karlsruhe, erschienen ist. Sie bringt sehr eingehende, informierende und interessante Darlegungen über diese wichtigen Anstalten unseres Landes aus der Feder des langjährigen Bearbeiters dieser Fragen im Ministerium.

Die lebendige Stadt, Zweimonatsschrift der Stadt Mannheim, 8. Jahrgang, 5. Heft, Verlag J. Wenscheimer, Mannheim. — Das neue Heft setzt sich mit dem Problem Mannheim-Ludwigshafen auseinander; Schicksal und Lebensbedingungen einer Doppelstadt, die durch Landesgrenze geteilt ist. Trotzdem ist es gelungen, eine Reihe von kulturellen, wirtschaftlichen und verkehrstechnischen Fragen gemeinsam zu lösen.

An der Handels-Hochschule Mannheim beginnt das Sommersemester am 2. Mai 1932. Das Vorlesungsverzeichnis kann vom Sekretariat der Handels-Hochschule (Mannheim, C 2 1) gegen Voreinsendung von 60 Pf. bezogen werden. Der Vorlesungsplan enthält eine Reihe neuer Vorlesungen; Sprachkurse sind vorgesehen für Französisch, Englisch, Italienisch, Spanisch und Russisch, ferner Kurse zur Pflege der deutschen Sprache. Betreffs der Einzelheiten sei auf das Vorlesungsverzeichnis selbst verwiesen.

## Mein Heimatland

19. Jahrgang, Heft 1/2. Blätter für Volkskunde, Heimat- und Naturschutz, Denkmalpflege, Familienforschung, i. A. des Landesvereins Badische Heimat herausgegeben von Hermann Eris Busse, Freiburg i. Br.

Das erste Heft des 19. Jahrgangs, ein Doppelheft, bringt wiederum viel Anregendes und Schönes aus dem ganzen Lande. „Vom Heimatleben auf den Schwarzwaldhöhen und am Oberrhein“ berichtet August Winter und schildert den Heimattag der Schulkinder auf dem Gupfen. In einer unergieblichen Erlebnisform wird den jungen Menschen die Heimat offen dargebracht. So läßt man sich die Heimatpflege gefallen, so ist sie Bewegung und Gegenwart. Ein zweiter Beitrag schenkt Anregungen mit herrlichen Beispielen, wie „Die Heimat im Lichtbild“ zu fassen ist. Dr. M. Pfister, Polizeidirektor in Pforzheim, ist Autor dieser Studie und ihrer klaren, feinsinnig aufgenommenen Lichtbilder. Ihre Stellungnahme im Streit um die Erhaltung des Stockacher Wahrzeichens, des Kirchturms, zeigt die Badische Heimat grundtätig in dem Beitrag „Der Kirchenbau in Stockach und die Heimat- und Denkmalpflege“. Ausgezeichnete Aufnahmen unterstützen den Text.

Aus der Fülle der „Hegelbriefe“ spendet Geh. Rat Dr. Ober als Treuhänder wieder eine bisher noch ungedruckte Reihe. Hegels Briefverkehr war äußerst reger, von überall her aus dem Reich floß ihm Post zu, die er in seiner liebenswürdigen Art stets herzlich und auch humorvoll beantwortete. Es sind diesmal Briefe dabei an Karl Georg Dümge, Professor an der Universität Heidelberg, dem Romanikerkreis zugehörig, an Sebastian Engler, Farmer in Hegels Heimatdorf Dausen, an Professor F. A. Schütz, Halle, den Gatten der von Hegel so sehr angebeteten Henriette Hegel-Schütz; ferner Briefe an den Freund Pfarrer Hübner in Lorrach, an Wessenberg in Aonstang.

Einen geschichtlichen Abriss der großen Markgräfer Familie der Grether und ihrer Zweige bietet Geh. Rat Dr. Rohmeyer, Heidelberg, der dieser Familie entstammt, in seinem umfassenden Beitrag „Meine Markgräfer Vorfahren“. Man sagt ja, die alten Markgräfer seien alle miteinander verwandt und dies bestätigt Rohmeyer äußerst fesselnde Darstellung. Die Grether, Wankenhorn, Blum, Winkler, Mint, Koger, Edenstein, samt der Wälder Familien Jellin, Merian, Burkhart, Stäbelin usw., bilden alle einen riesigen, mehrfach verzweigten und verwerteten Familienverband, einen Kernteil des alemannischen Volkes am Oberrhein. Ein zweiter familien-geschichtlicher Aufsatz von Landrat Strauß beschäftigt sich mit „Tullas Ahnen“. Kurze Beiträge, fast alle mit schönen Bildbeigaben, handeln von „Wert des Familienwappens“, worüber Ludwig Finkh schreibt, von den „Naturdenkmälern in der Landschaft des Amtsbezirktes Wolfach“, worüber G. Kufelshausen berichtet, ferner von der „Sonntagswache in Rehsa“ bei Donaueschingen, einem Brauch, den J. Rienhard mitteilt. Die „Sedenheimer Vorfahren“ von A. Kollig sind köstlich, wundervoll und plastisch in Darstellung und echtem Humor ist auch Karl Herberichs mündliche Erzählung „D'Witreis“ geraten, jede Wendung, jedes Wort ein Treffer!

Dieses Doppelheft ist so reichhaltig und bringt soviel gänzlich Neues, daß man dem Landesverein Badische Heimat und dem Herausgeber Hermann Eris Busse wohl wünschen muß, über die böse Zeit der Rotberordnungen hinweg sich den Mitgliederbestand erhalten zu können, dies um so mehr, als die leitende Stelle sich entschlossen hat, den Beitrag, der ohnehin die gebotenen Leistungen bisher in keinerlei Verhältnis aufwog, herabzusetzen. Ein herzliches Glück auf ins neue Schaffensjahr, das durch die eben erschienene Veröffentlichung so wertvoll eingeleitet ist!

## Schöne badische Heimat

„Lernt Deutschland kennen!“ ist die Mahnung, die Reichsverkehrsminister Trebitsch vor kurzem an alle Stände und Kreise des deutschen Volkes gerichtet hat. Mit der Bedeutung des Reiseverkehrs für die deutsche Wirtschaft befaßt er sich in einem weiteren Schreiben an die Regierungen der Länder und bittet sie um tatkräftige Unterstützung der Bestrebungen jener Organisationen, die für und um den Fremdenverkehr arbeiten. Die Februar-Ausgabe der beliebten Heimat- und Verkehrszeitung „Badnerland-Schwarzwald“ bringt diesen Brief des Reichsverkehrsministers als Eingangartikel. Im übrigen ist die Ausgabe der schönen badischen Heimat im Schneefeld gewidmet. Bilder voll winterlicher Frische und märchenhaftem Reiz von den Höhen des Schwarzwaldes, diesmal aus dem Nollental, Titisee- und Feldberggebiet. Die prachtvollen Höhenstrahlen im Rodschwanzwald und der windüberbraute Rücken der Hornisgrinde präsentieren sich im Schneefeld imposant und von eigenartigem Zauber überweht, während Konstanz, die Münsterstadt am Bodensee, unter der Schneehülle ein ganz verändertes Gesicht zeigt. Nicht vergessen wurde bei dieser Ausgabe der altberühmte badische Karneval, der in Bildern vom „Billinger Hansl“ und anderen prachtvollen Fastnachtstypen, sowie von der alten Karlsruher Popfmilch berichtet. Das echte, alte Volkstum, das sich darin offenbart, zeigt sich aber auch in schönen Trachtenbildern aus dem badischen Frankenland und aus dem Gutachtal. Eine Übersicht über die Rundreisefakten, die seit dem 1. Januar 1932 neu eingeführt sind, mit Preisen, Geltungsdauer und Bereich dürfte dem Reisenden hoch willkommen sein. Das Heft wird vom Badischen Verkehrsverband, Karlsruhe, Karlstraße 10, gegen Vorkauf an Interessenten als Probenummer verhandelt.

Freiburger Uraufführung. Die Uraufführung der Oper „Tragödie in Trezzo“ von dem amerikanischen Komponisten Richard Hageman hatte im Stadttheater für den persönlich anwesenden Komponisten und sämtliche Mitwirkenden einen starken Erfolg, der insbesondere auch der sorgfältigen Einföhrung durch Generalmusikdirektor Dalzer zu verdanken war. Die Handlung ist wirkungsvoll durchgeführt, die Musik bewegt sich, neben guten neuen Eingebungen in der Melodik und Instrumentierung, durchaus auf der Bahn bewährter Tradition.

Druck G. Braun, Karlsruhe.